

**Antrag der Ratsgruppe LUKS
im Rat
der Stadt Krefeld**

-öffentlich-



RATSGRUPPE – LUKS

Rathaus Krefeld, Raum B 204
Von-der-Leyen Platz 1
47798 Krefeld
Telefon: +49 2151 / 86-4740
ratsgruppe-luks@krefeld.de

Vorlagennummer

1300/26 A

Krefeld, 20.07.2026

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen	09.09.2026	beschließend
Betriebsausschuss Zentrales Gebäudemanagement	09.09.2026	beschließend
Rat	15.09.2026	beschließend

Betreff

Sondervermögen - Einbringung eines Antrags der Ratsgruppe LUKS vom 20.07.2026

Beschlussentwurf

Wir beantragen für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligung sowie für den Rat, das Thema „Sondervermögen“ für mögliche Änderungsanträge (Budgetinanspruchnahme; Projektfestlegung, Änderungen aufgrund von Förderfähigkeit) auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen sowie der Rat sprechen sich dafür aus, das Kinderparlament und den Jugendbeirat beratend zum Thema Sondervermögen zu beteiligen.

Begründung

Eine zwischen CDU, SPD und Verwaltung offenkundig abgestimmte Vorlage zum Sondervermögen wurde am 15.07.2026 von SPD und CDU beschlossen, nachdem diese erst am Vortag veröffentlicht wurde. Inhaltliche Kritik gibt es sowohl an der Festlegung über den kompletten Budgetrahmen als auch hinsichtlich der Auswahl an Vorhaben, beziehungsweise Nichtberücksichtigung von Vorhaben (z.B. Radwege). Dieser Antrag geht jedoch insbesondere auf die formellen Kritik am Verfahren ein, dass der Beschluss eine öffentliche Meinungsbildung gar nicht erst ermöglicht und vielmehr ausgeschlossen hat.

Das Sondervermögen selbst wurde, als dieses auf bundespolitischer Ebene eingeführt wurde, breit in der Gesellschaft diskutiert.

Seitens der Bundesregierung wird das Sondervermögen als „Generationenprojekt“ beschrieben. Die Tilgung leisten tatsächlich die heute jungen (oder noch nicht geborenen) Generationen über die Jahre 2044 bis 2074.

Der gesellschaftlichen Bedeutung angemessen für solch einen „Kredit“ von zukünftigen Steuerzahler*innen gehört die jeweilige Verwendung vor einer Festlegung vor Ort auch in die öffentliche Debatte. Diese Debatte muss zumindest ermöglicht werden sowohl unter den heute erwachsenen Krefelder*innen als auch zwischen jungen Menschen in Krefeld und als Dialog zwischen den Generationen.

So heißt es vom Landesjugendring NRW:

„Entscheidend ist: Die Kommunen legen selbst fest, welche Projekte gefördert werden.

Damit Mittel aus dem Sondervermögen für Jugendarbeit nicht an jungen Menschen vorbeigehen, braucht es jetzt eine aktive Einmischung von Jugendringen und Jugendverbänden vor Ort.“

Die Festlegung ist in Krefeld **ohne jede Beteiligung der Öffentlichkeit** erfolgt und muss allein aus Gründen der Generationengerechtigkeit und Wahrung eines demokratischen Umgangs mit der Bevölkerung nachgeholt werden. Sofern die beschließende Kooperation im Rat von einer „Vorläufigkeit“ ihres Beschlusses gesprochen hat, wird eine erneute Debatte eben dieser Vorläufigkeit gerecht.

Gezeichnet:

Marcus Lamprecht, Ausschussmitglied und Ratsherr für die Ratsgruppe LUKS

Björna Althoff, Ratsfrau für die Ratsgruppe LUKS